

Rede vom 21. November 2006, Haushaltsplan- Elterngeld

Frau Kollegin Kressl, Sie haben das schöne Vorurteil von der ach so bösen und angeblich sozial kalten SPD angesprochen. (Zurufe von der SPD: FDP!) – Ja, FDP. Ich merke, ich gehe in die Richtung, in die ich eigentlich will.

(Dr. Frank Schmidt [SPD]: Sie sind wohl in Geburtstagslaune!)

Ich höre meinen nordrhein-westfälischen Landesvater Rüttgers zu häufig und deswegen passiert mir so etwas. Ich bitte um Entschuldigung.

Frau Kressl, Sie haben gesagt, die FDP habe einen Antrag auf Kürzung um 200 Millionen Euro gestellt, da sie dagegen sei, Hartz-IV-Empfängern **Elterngeld** zu zahlen. Wir sind da nicht allein. Sie wissen, dass auch andere sagen, das passe nicht ins System. Ich will Ihnen auch begründen, warum wir dieser Auffassung sind. Es ist nicht so, dass wir glauben, es bestehe keine Notwendigkeit für eine entsprechende finanzielle Unterstützung.

Unsere Haltung hat ihren Grund allein in dem Sinn des Elterngeldes – die Ministerin hat mit dem Hinweis darauf

immer wieder zu Recht gewuchert –: Das Elterngeld soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Wir sind uns doch darin einig – so sehr wir uns das Gegenteil wünschen –: Hartz-IV-Empfänger haben keinen Beruf. Falls man Hartz-IV-Empfängern Elterngeld zahlte, ginge es bei ihnen nicht um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. (Christel Humme [SPD]: Dann haben Sie das System von Hartz IV nicht verstanden!)

Man kann auch argumentieren: Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger ist eine soziale Leistung. Wenn man das tut, die Koalition und gerade die SPD zugeben, dass Hartz IV für Hartz-IV-Empfänger mit Kindern nicht ausreicht. Das müssen sie hier deutlich sagen und sie dürfen nicht den fiesigen kleinen Umweg über das Elterngeld gehen. Außerdem müsste man Hartz-IV-Empfängern konsequenterweise länger als zwölf Monate Elterngeld zahlen. Man müsste doch sehen: Ein Hartz-IV-Empfänger mit einem Kind rutscht nach einem Jahr in eine Lücke. Das hieße, dass Kinder ab dem zweiten Jahr weniger wert sind.

Diese Widersprüche haben uns gezeigt, dass das Elterngeld keine Lösung ist. Die Koalition muss sich schon bemühen, dieses Problem anders zu lösen. Das Vorgehen der Koalition ändert nichts daran, dass Eltern – leider – von Transferleistungen abhängig sind, wenn sie keinen Arbeitsplatz haben.

Letzter Punkt: **Zivildienst**. Ich will allen Koalitionären sagen, die hier noch behaupten, sie wollten nur eine Zivildienstscheule schließen: Die Koalition will letztlich drei Zivildienstscheulen schließen. Wir, die FDP, stimmen dem zu. Wir, die FDP, gehen nicht den einfachen Weg und sagen: Macht diese schwierige Angelegenheit doch alleine.

Zum Wie sagen wir, lieber Kollege Schmidt: erst evaluieren und dann entscheiden und nicht erst entscheiden und nachher sagen, die Evaluation habe leider etwas anderes ergeben. Das ist das, was wir wollen. Wir können uns darüber unterhalten, ob in Anträgen etwas anderes steht. Ich hoffe, dass das damit geklärt ist. Danke.